

II. Diskussionen um Einigungsbestrebungen in Deutschland 1925–1926

1. Stresemanns ‚Verständigungspolitik‘ und die Perspektive eines deutschen ‚Mitteleuropa‘

Als parlamentarisches Vorspiel zur Locarno-Politik debattierte im Mai 1925 der Reichstag über die Frage eines Sicherheitspaktes und über einen Beitritt Deutschlands zum Völkerbund. Dabei sprachen verschiedene Redner auch das Problem einer europäischen Einigung, der ‚Vereinigten Staaten von Europa‘, an¹.

Die Sprecher von Sozialdemokraten und DDP interpretierten den Gedanken der europäischen Verständigung als Alternative zu nationalegoistischer Machtentfaltung. Rudolf Breitscheid forderte für das Deutsche Reich eine Außenpolitik, die das Ziel konsequent verfolge, „sich gleichberechtigt einzuordnen in ein System europäischer Staaten“². Auch der Sprecher der DDP, Graf von Bernstorff, verlangte eine solche außenpolitische Orientierung, wobei er das paneuropäische Programm Coudenhoves deutlich ablehnte³.

Im Zentrum wurden solche Pläne offenbar nur vordergründig gebilligt. Zwar plädierte Kaas dafür, Deutschland möge sich an der Entwicklung einer internationalen Rechtsordnung beteiligen⁴, und auch Bell empfahl, den Gedanken einer europäischen Einigung nicht von vornherein abzulehnen. Freilich solle dies „aus durchaus nationalen Erwägungen und vaterländischen Gründen“ geschehen, da ein Einigungsprozeß in Europa in engem Zusammenhang stehe „mit dem doch von uns allen heiß ersehnten Wiederaufbau unseres Vaterlandes, mit der Wiedererlangung unserer Freiheit und Selbständigkeit, mit unserem nationalen Wiederaufstieg, mit der Gesundung unserer Wirtschaft und Finanzen“⁵. Die auf dem Weg und mit dem Instrument einer Einigung zu erringende Gleichberechtigung sollte auf Europa nicht beschränkt bleiben, sondern sich gerade auch auf die Kolonien erstrecken. „Soll der Geist der Versöhnung und der Gerechtigkeit wirklich wieder den ihm gebührenden Platz in der Kulturwelt erhalten“, so formulierte Bell als Bedingung, „dann muß man auch auf Wiederherstellung unserer schwer gekränkten nationalen Ehre und Würde bedacht sein und unseren berechtigten kolonisatorischen Ansprüchen gerecht werden.“⁶

Sprachen sich auch Rheinbaben von der DVP und Graf Lerchenfeld von der Bayerischen Volkspartei grundsätzlich für den Gedanken einer europäischen Verständigung aus, wobei sie dem Coudenhoveschen Programm mit großer Skepsis begeg-

¹ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags, Bd 385, S. 1885 bis 1992.

² Sten. Ber. 385, S. 1893.

³ Sten. Ber. 385, S. 1934.

⁴ Sten. Ber. 385, S. 1906–1907.

⁵ Sten. Ber. 385, S. 1963.

⁶ Sten. Ber. 385, S. 1965.

neten⁷, so erhofften sie sich davon in erster Linie Vorteile bei der Lösung nationaler Fragen, so etwa des Problems deutscher Minderheiten im Ausland⁸.

Das Fernziel für eine Politik der europäischen Verständigung oder gar Einigung wurde zwar je nach der Parteirichtung unterschiedlich bestimmt. Der Weg zu einem Vereinigten Europa wurde hingegen nicht mit der Abgabe nationaler Souveränitätsrechte in Verbindung gebracht⁹, sondern im Gegenteil daran gemessen, ob und inwieweit über ihn nationale, revisionistische, wenn nicht gar neo-koloniale Ziele sich leichter erreichen ließen. Dabei schien eine europäische Politik der Aussöhnung und Verständigung im Reichstag grundsätzlich überparteiliche Zustimmung erwarten zu dürfen; in der spezifischen Ausprägung Coudenhoves traf der Europa-Gedanke allerdings überwiegend auf Ablehnung. Die Sprecher der Mitte-Rechts-Parteien verdächtigten ihn eines illusionären Internationalismus, der über die nationalen Interessen Deutschlands zu dominieren drohe, auf der Linken stieß man sich an dem ungeklärten, möglicherweise feindlichen Verhältnis ‚Pan-Europas‘ zum Völkerbund und zu England¹⁰.

Die in der Reichstagsdebatte überwiegend zutage getretene Absicht, den Gedanken der europäischen Verständigung als Instrument nationaler Politik – und das bedeutete in der Weimarer Republik: für eine Revision des Versailler Vertrages – einzusetzen, wurde auch von der amtlichen Außenpolitik geteilt, deren Kurs bis 1929 Stresemann maßgeblich bestimmte. Seine politische Konzeption, die als „liberaler Imperialismus“ bezeichnet werden kann¹¹, zielte darauf hin, Deutschland wieder in den Kreis der Großmächte aufsteigen zu lassen. Da für ihn die Anwendung militärischer Mittel ganz offensichtlich nicht zur Disposition stand, kalkulierte er die durch Krieg und Friedensvertrag nur mittelfristig geschwächte wirtschaftliche Kapazität Deutschlands als Produktions- und Absatzgebiet als wesentlichen Faktor für einen politischen Wiederaufstieg ein.

Eine enge Bindung an die wirtschaftlich-finanziell dominierenden Vereinigten Staaten sollte zur Grundlage für den wirtschaftlichen Machtzuwachs Deutschlands werden; das Dawes-Abkommen markierte 1924 einen ersten Erfolg dieser politischen Linie. In ihm kam die Parallelität finanzwirtschaftlicher und politischer Interessen zwischen beiden Staaten zum Ausdruck. So erwartete die amerikanische Seite nicht allein, den ungestörten Rückfluß der interalliierten Kriegsschulden zu sichern, sondern in erster Linie auch, über die Stabilisierung des wirtschaftlichen und politischen Systems in Deutschland die Grundlagen für eine dauerhafte Wirtschaftsexpansion im Zuge ihrer Open-Door-Policy in Europa zu schaffen¹². Umge-

⁷ Z. B. Rheinbaben, Sten. Ber. 385, S. 1919.

⁸ So etwa Lerchenfeld, Sten. Ber. 385, S. 1945.

⁹ Allenfalls weisen Formulierungen von Breitscheid (SPD) in eine solche Richtung.

¹⁰ Der Sprecher der Deutschvölkischen Freiheitspartei, Schröder, warf in diesem Zusammenhang den Bankiers Frisch und Warburg vor, während des Ruhrkampfes unter der Parole ‚Paneuropa‘ versucht zu haben, die deutsche Wirtschaft der französischen anzugliedern. Sten. Ber. 385, S. 1981.

¹¹ Maxelon, Stresemann und Frankreich, S. 276.

¹² Dt Botsch Washington an AA, 5. 3. 1923, ZStA AA 42999, 73–74.

kehrt hoffte Streseemann, die Vereinigten Staaten am Wohlergehen ihres wichtigsten Schuldners zumindest solange zu interessieren bzw. im Dienste des deutschen Wiederaufstiegs zu engagieren, bis es Deutschland gelingen würde, die wiedergewonnene Wirtschafts- und Finanzkraft in die politische Revision des Versailler Vertrags vorwiegend in östlicher Richtung umzusetzen¹³.

Eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen einer solchen letztlich gegen Frankreich und dessen osteuropäisches Bündnissystem gerichteten revisionspolitischen Perspektive, in deren Kalkül daneben auch Sowjetunion und Völkerbund als weitere wichtige außenpolitische Faktoren einbezogen wurden, bestand darin, daß dem französischen Sicherheitsbedürfnis hinreichend Rechnung getragen würde. Diesem Ziel dienten in erster Linie die Locarno-Vereinbarungen vom Oktober bzw. Dezember 1925, die die deutsche Westgrenze festschrieben, daneben aber auch das Bestreben Streseemanns, Frankreich wirtschaftlich eng an Deutschland zu binden. Die im Rahmen dieser Art von ‚Verständigungspolitik‘ entstehende deutsch-französische Wirtschaftsgemeinschaft war freilich keineswegs als Vorstufe einer europäischen Einigung zu verstehen, sondern erfüllte im Blick auf Deutschlands Revisionsziele im Osten lediglich eine instrumentale, wenn nicht gar transitorische Funktion. „Wenn Streseemann den Frieden bejahte und auf (begrenzte) deutsche Revisionsforderungen (im Osten und Südosten Europas) nicht verzichten wollte, dann gab es für eine intensive deutsch-französische ‚Verständigungspolitik‘ keine Alternative. Ohne Frankreichs Zustimmung war die (künftige) Großmachtposition und territoriale Arrondierung des Deutschen Reiches auf friedlichem Wege nicht zu verwirklichen“¹⁴.

Auf dem Weg zu einer solchen ‚Arrondierung‘ Deutschlands zu einer mitteleuropäischen Großmacht lag indes Österreich, dessen finanzielle Sanierung durch den Völkerbund in den Genfer Protokollen 1922 an die Bedingung geknüpft worden war, ohne Zustimmung der Garantiemächte seine politische Selbständigkeit nicht aufzugeben. Dies richtete sich gegen potentielle Anschlußversuche Österreichs an Deutschland.

Nicht zuletzt im Blick auf das Fernziel, diese Barriere für Deutschlands ‚Arrondierung‘ im Südosten zu überwinden, betrieb Streseemann den deutschen Eintritt in den Völkerbund, wobei er freilich – um nicht Argwohn zu erwecken – die Anschlußfrage als nicht aktuell zu bezeichnen sich bemühte¹⁵. Bei seinen Versuchen, auch den Völkerbund in den Dienst des Revisionismus zu stellen, führte Streseemann nur die Politik seiner Amtsvorgänger weiter. Bereits im Oktober 1920 hatte das Auswärtige Amt einen Antrag der Deutschen Liga für Völkerbund auf eine erhebliche Subvention mit der Begründung befürwortet, daß es die Liga benutzen wolle, um gegenüber den entsprechenden Organisationen im Ausland „den deutschen Standpunkt zur Geltung“ zu bringen und so überdies ein Bekenntnis zum Völkerbundsgedanken abzulegen, gerade weil Deutschland dem Völkerbund noch

¹³ Link, S. 276–277.

¹⁴ Maxelon, S. 291.

¹⁵ So z. B. gegenüber dem britischen Botschafter am 4. 6. 1925, PA NL Streseemann 272.

nicht angehörte. Daraufhin soll die Liga aus amtlichen Mitteln mit jährlich 450 000 Mark unterstützt worden sein¹⁶.

Auch die Völkerbundsliga selbst verstand ihre Rolle als Instrument deutscher Revisionspolitik, als sie 1924 hervorhob: „Ist doch die Völkerbundsligen-Bewegung der gegebene Schrittmacher für die Umformung des Völkerbundes in deutschem Sinne und demzufolge auch für die Unterhöhlung der Friedensverträge.“¹⁷

Wenn Stresemann bemüht war, den französischen Einfluß im Völkerbund allmählich zurückzudrängen und die Frage des Anschlusses Österreichs bis zu einer für Deutschland günstigeren Konstellation in Genf dilatorisch zu behandeln, so mußte er in der Zwischenzeit versuchen, die österreichische Frage für Deutschland offenzuhalten.

Die Tschechoslowakei unternahm aber seit den Friedensschlüssen mit französischer Unterstützung Vorstöße, mit Österreich eine Zollunion oder eine Wirtschaftsgemeinschaft einzugehen sowie die 1921 gegründete ‚Kleine Entente‘ zu einem wirtschaftlichen Bündnis auszubauen. Auswärtiges Amt und Deutsche Gesandtschaft in Wien machten sich darum fortlaufend gegenseitig auf die hier drohenden Gefahren aufmerksam¹⁸. „Es liegt auf der Hand“, instruierte Berlin die Gesandtschaft, „dass eine auch nur lose wirtschaftspolitische Einigung Österreichs mit den Nachfolgestaaten politisch und ideell dem Anschlußgedanken Abbruch tut, aber auch in rein wirtschaftspolitischer Beziehung die Stellung Deutschlands gegenüber jedem einzelnen der Nachfolgestaaten ungünstig beeinflussen müßte. Es entstünde durch eine solche wirtschaftspolitische Einigung eine Art südöstliches Mitteleuropa unter Ausschluß Deutschlands, wie es nicht zuletzt auch der französischen Politik vorschwebt.“¹⁹

Die Tendenzen zu einer solchen Annäherung Österreichs an die Nachfolgestaaten schienen sich im Laufe des Jahres 1924 zu verstärken²⁰. Daraufhin gab die Gesandtschaft den Rat, in den deutsch-österreichischen Handelsbeziehungen beschleunigt größere Zugeständnisse zu machen, „um die oesterreichisch-Wiener Balkaninteressen mit dem reichsdeutschen Bestreben eines gesteigerten Verkehrs nach Südosten zu beiderseitigem Nutzen in Einklang zu bringen“. Denn „je mehr Deutschland darauf bedacht ist, Wiens Stellung als Vermittlungsplatz für Geschäfte nach dem Süd-Osten zu erhalten und zu stärken, umso mehr wirkt es der Gefahr einer Donauföderation entgegen“²¹.

Auf diese Gefahr, die den deutschen wirtschaftlichen und politischen Expansionschancen gegenüber Südosteuropa drohte, reagierte Stresemann rasch und mit be-

¹⁶ Aufzeichnung 1. 10. 1920, PA Ref Vbd, Allg B 1a – allg, Bd 1, K 660060–61. Vgl. auch die Aufzeichnung über die „Bedeutung der Deutschen Liga für Völkerbund (Zur Vertretung vor dem Reichsrat)“, 24. 11. 1925, ebda Bd 3, K 660375–77.

¹⁷ Dt Liga für Vbd an AA, 10. 6. 1924, als Begründung der Bitte, das AA möge den RDI-Vorsitzenden Sorge zum Eintritt in ihr Präsidium bewegen, ebda Bd 2, K 660311–13.

¹⁸ Die Dt Ges Wien berichtete ab 1920 laufend über das „Einströmen von Entente-Kapital in Österreich“ und forderte zu deutschen Gegenmaßnahmen auf. Vgl. ZStA AA 43187.

¹⁹ AA an Dt Ges Wien, 18. 1. 1923, ZStA AA 42999, 2–7.

²⁰ Aktenvermerk 15. 11. 1924, ebda 96–97.

²¹ Dt Ges Wien an AA, 18. 11. 1924, ZStA AA 42999, 110–112.

merkwürdigen Methoden. Um Österreich an der Seite Deutschlands zu halten, schlug er ein das Nachbarland begünstigendes Zusatzabkommen zum deutsch-österreichischen Handelsvertrag vor, das wegen der als bedrohlich empfundenen internationalen Situation umgehend durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten aufgrund des Artikels 48 in Kraft gesetzt werden sollte. Als im Reichsinnenministerium gegenüber einem solchen Verfahren ernste verfassungsrechtliche Bedenken geltend gemacht wurden, beschwor Streseman in einem ausführlichen Schreiben Innenminister Dr. Jarres, „sich angesichts der geschilderten Zwangslage“ seiner Meinung anzuschließen, „daß eine Verordnung auf Grund Art. 48 den einzigen Weg aus diesem Dilemma bietet“²².

Denn bei einer Verzögerung des Zusatzabkommens drohten neben „unmittelbaren wirtschaftlichen Schädigungen“ – so Streseman – „vor allem auch ernste politische Gefahren“. Angesichts der von Beneš, aber auch von Nitti betriebenen Donauföderationspläne müsse Deutschland „vor allem auf handelspolitischem Gebiet alles vermeiden . . . , was solche Pläne und Ziele in Österreich selbst fördern könnte. Dies wäre zweifellos der Fall, wenn Österreich durch uns in die Zwangslage versetzt wird, sein Wirtschaftsabkommen mit der Tschechoslowakei zugleich mit seinem neuen Zolltarif in Kraft zu setzen, ohne daß es auch gleichzeitig Deutschland gegenüber die für alle deutschen Exportwaren wichtigen Vertragssätze des deutsch-österreichischen Zusatzvertrages anwenden kann. Denn der österreichische Markt würde sich infolge des unvermeidlichen Ausbleibens der deutschen Waren zwangsläufig tschechoslowakischen Bezugsquellen zuwenden, was sowohl in Österreich als auch in der Tschechoslowakei eine Stärkung der oben geschilderten, auf enge wirtschaftliche Verbindungen zwischen diesen beiden Staaten gerichteten Bestrebungen zur Folge haben müßte“²³.

Stresemanns Aktivität in der österreichischen Frage beschränkte sich nun keineswegs auf solche Interventionen auf dem Felde bilateraler Handelsbeziehungen, wobei er die von der Weimarer Verfassung gebotenen Kompetenzen des Reichspräsidenten über Gebühr beanspruchen wollte. Er förderte zudem zielstrebig die Kapital- und Industrieverflechtung zwischen Deutschland und Österreich. Mehrfach wies die Gesandtschaft in Wien auf die Schlüsselposition der Alpinen Montan AG innerhalb der österreichischen Wirtschaft und auf deren wachsende Verflechtung mit tschechischen Eisenwerken hin²⁴. Darüber hinaus machte die Gesandtschaft in bezug auf den „Balkan“ darauf aufmerksam, „daß dieser gegenwärtig noch nicht stärker industrialisierte Markt angesichts der seit Kriegsbeginn eingetretenen industriellen Verschiebung heute für Deutschland ungleich höhere Bedeutung besitzt als 1914, und daß daher seine Offenhaltung für deutsche Produkte ein erhebliches deutsches Interesse darstellt“²⁵.

²² Streseman an Jarres, 24. 11. 1924, ZStA AA 42999, 98–98 Rs.

²³ Ebda.

²⁴ Z. B. Dt Ges Wien an AA, 18. 11. 1924, ZStA AA 42999, 110–112.

²⁵ Dt Ges Wien an AA, 27. 1. 1924, ZStA AA 42999, 121–122.

Der Außenminister teilte die von der Gesandtschaft vorgetragene Meinung, „dass die Gründung von Interessengemeinschaften zwischen deutschen und österreichischen Industrien eines der geeignetsten Mittel sein dürfte, um den Anschluss Österreichs an Deutschland, soweit dieser unsererseits bewusst gefördert werden soll, wirksam vorzubereiten“²⁶, und setzte sich beim Reichswirtschaftsministerium für die Verwirklichung des Vorschlags ein, die Industrie beider Länder als Schrittmacher der deutschen Politik gegenüber Österreich und Südosteuropa zu verwenden²⁷.

Freilich durften solche Aktivitäten nicht an die Öffentlichkeit dringen, um die nach Westen gerichtete ‚Verständigungspolitik‘ nicht vorzeitig in Frage zu stellen. Angesichts der sorgsam beachteten Geheimhaltung all dieser Maßnahmen konnte der Eindruck entstehen, daß „der Anschlußgedanke von der Reichsregierung nicht die gebotene Förderung erfahre“ – wie es anfangs 1925 dem Auswärtigen Amt die Abgeordneten Hoetzsch (DNVP) und Stoecker (KPD) vorwarfen. Dem konnte das Amt freilich entgegenhalten, „was alles im Einzelnen in dieser Richtung schon geschehen sei und was an Maßnahmen auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet noch unsererseits beabsichtigt werde“²⁸.

Aus der Diskrepanz zwischen der offen propagierten ‚Verständigungspolitik‘ gegenüber den westeuropäischen Ländern, namentlich Frankreich, und den zielstrebigem, allerdings den Blicken der Öffentlichkeit bewußt entzogenen Versuchen, den Weg für die Schaffung eines deutschen Mitteleuropa offenzuhalten, erklärt sich auch, daß die Locarno-Vereinbarungen als erster Schritt zu einer gesamteuropäischen Organisation mißverstanden werden konnten.

Im Unterschied zu Stresemann, der mit seiner ‚Verständigungspolitik‘ das Fernziel verfolgte, „in Frankreich (ebenso natürlich bei den übrigen Westmächten) die Bereitschaft für eine Revision der deutschen Ostgrenzen, d. h. für eine territoriale Verkleinerung Polens (und dann auch für den Anschluß Deutsch-Österreichs) zu fördern“²⁹, meinten Coudenhove-Kalergi wie auch der aus der parlamentarischen Interessengemeinschaft entstandene Verband für europäische Verständigung, den Locarno-Vertrag als Modell für eine Garantie der gesamteuropäischen Grenzen empfehlen zu können.

So rief Coudenhove zu einem ‚paneuropäischen Locarno‘ auf, d. h. „für die Schaffung eines zweiten Locarno-Paktes“, der – wie man im Auswärtigen Amt vermerkte – „das Friedenssystem von Locarno auf alle europäischen Staaten ausdehnen soll und der sich in seinen Gedankengängen und Bindungen stark dem Genfer Protokoll nähert. Vom deutschen Standpunkt scheint daher dem Aufruf und dem Plan des Grafen Coudenhove gegenüber größte Zurückhaltung geboten“³⁰.

Der von Coudenhove in den zwanziger Jahren in immer neuen Variationen vorge-

²⁶ Dt Ges Wien an AA, 21. 1. 1925, ZStA AA 42999, 141–141 Rs.

²⁷ AA an RWM, März 1925, ZStA AA 42999, 143–143 Rs.

²⁸ Aktennotiz 19. 2. 1925, ZStA AA 42999, 183–185.

²⁹ Maxelon S. 204–205.

³⁰ Aufzeichnung 12. 9. 1927, PA Ref Vbd, Allg B 3, Bd 1.

tragene Gedanke, Paneuropa auf der Grundlage der durch die Friedensverträge entstandenen Nachkriegsordnung zu konstituieren und den anderen, außereuropäischen Machtgruppen entgegenzustellen, widersprach sowohl den langfristigen Zielen wie auch den Methoden der Revisionspolitik Stresemanns. Dessen politisches Kalkül baute zum einen auf eben jene, wenngleich nur temporär gedachte ‚Amerikanisierung‘ Deutschlands und Europas, die das Paneuropa-Programm verhindern wollte, zum andern auf jene im Berliner Vertrag 1926 erneuerte ‚östliche Rücken-deckung‘ seiner Westpolitik durch begrenzte deutsch-sowjetische Interessenparallelität gegenüber dem ‚Versailler System‘, auf dessen territorialen Ergebnissen Coudenhove die paneuropäische Union zu errichten gedachte. Dies macht erklärlich, weshalb Coudenhove von seiten Stresemanns wie der Ministerialbürokratie stets sehr distanziert beurteilt wurde und zu keinem Zeitpunkt materielle Förderung erfuhr³¹.

Im Gegensatz zur Paneuropa-Union erfreute sich hingegen die europäische Verständigungsaktion der ‚Interessengemeinschaft‘ der deutschen Parlamentarier über lange Zeit des Wohlwollens Stresemanns und teilweise auch der Bürokratie des Auswärtigen Amtes. Zwar war im Februar 1925 der auch vom AA behutsam geförderte Plan mißlungen, in einem deutschen Komitee Parlamentarier und Wirtschaftsführer im Dienste europäischer Kooperation zusammenzufassen³². Dennoch gelang es der Verständigungsaktion, ihre Attraktivität für die amtliche Politik zu erhalten. Nachdem im Frühjahr 1925 neben dem deutschen auch ein britisches und ein französisches Komitee gegründet waren, plante die „Deutsche Sektion für europäische Zusammenarbeit“ – wie sie sich inzwischen nannte –, sich zur Massenorganisation zu entwickeln, die der amtlichen Verständigungspolitik in der Öffentlichkeit den Weg bereiten sollte. „Die von der Regierung geführte Verständigungspolitik“ – so stellte Nossig noch vor dem Locarno-Vertrag dem AA in Aussicht – „würde nicht mehr auf die bisherigen inneren Widerstände stoßen, sondern von einer die öffentliche Stimmung beherrschenden, einheitlichen nationalen Riesenorganisation unterstützt werden . . . Der Verband kann demnach zu einem der Hauptinstrumente der Regierung auf innen- und außenpolitischem Gebiete werden.“³³

Im Auswärtigen Amt war man von der Aufwärtsentwicklung der parlamentarischen Verständigungsaktion sichtlich beeindruckt und hielt es immerhin für „zweckmäßig, sie mit einiger Zurückhaltung zu fördern, um die etwa zu Stande

³¹ Aufzeichnung 27. 6. 1928, ebda, Bd 2. Detaillierte Darstellung der Beurteilung Coudenhoves durch das AA bei Lipgens, Europäische Einigungsidee, bes. S. 63–71 und 82–89, der allerdings die amtliche Stellung zur Paneuropa-Idee Coudenhoves mit der Einschätzung der europäischen Einigungsidee überhaupt gleichsetzt.

³² Graf Kessler an AA, 13. 2. 1925, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 1. Als Mitglieder des Komitees waren in Aussicht genommen seitens der Parteien: Löbe, Bernstein (SPD); Schücking, Nuschke, Fischer (DDP); Bell, Marx (Z); Rheinbaben, Schnee, Kardorff (DVP); Hergt (DNVP); seitens der Wirtschaft: Duisberg, Deutsch, Carl Siemens, Bücher, Riesser, Edm. Stinnes, Ravené, Kalckreuth.

³³ Nossig an AA, 22. 5. 1925, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 1.

kommende Organisation für andere Zwecke – eventuell ohne Nossig – zu verwerten“³⁴. Selbst der sonst so skeptische Bülow billigte nun dem Verband unter allen „paneuropäischen“ Bewegungen den bislang größten Erfolg zu. Er äußerte ein „wesentliches politisches Interesse“, „dass ein starkes Komitee für europäische Verständigung zustande kommt“, das er allerdings entschieden in den Dienst nicht nur der amtlichen Politik, sondern zugleich auch der wirtschaftlichen Spitzenverbände zu nehmen gedachte.

„Der Idealzustand wäre“, stellte er sich angesichts der heftigen Konkurrenz mehrerer europäischer Bestrebungen auf deutschem Boden vor, „dass eine von den verschiedenen Aposteln unabhängige Verständigungsaktion zustande käme, und dass jedenfalls die Geldgeber nicht die Apostel und ihre Impresarios direkt unterstützen, sondern in eine gemeinsame Kasse zahlen, von der aus nach Bedarf das jeweils aussichtsreichste Unternehmen unterstützt werden könnte und zwar im allgemeinen nur für einen bestimmten, vorher vereinbarten Zweck. Dann behielte man die ‚Bewegung‘ in der Hand und brauchte sich nicht mit der Person Nossig oder anderer zu identifizieren. Ob sich in diesem Sinne auf den Reichsverband, die anderen Spitzenverbände und die anderen möglichen Geldgeber einwirken liesse?“³⁵

Auch diesen neuerlichen Bemühungen des Auswärtigen Amtes, in die selbst Reichsgerichtspräsident Simons eingeschaltet wurde, eine von der amtlichen Politik und den wirtschaftlichen Spitzenverbänden gemeinsam getragene Förderung der Verständigungspolitik und ihrer parlamentarischen Grundlage zu erreichen, war jedoch kein Erfolg beschieden. Zwar begrüße man in Kreisen der Wirtschaft die Bildung eines solchen Verbandes, teilte Kastl vom RDI mit, doch solle „eine derartige Arbeit nur von Wirtschaftskreisen und nicht von Parlamentariern oder Politikern verfolgt werden“³⁶.

Die ablehnende Haltung des Reichsverbandes entzog auch den seitens einiger Großbanken unternommenen Ansätzen den Boden, den entstehenden Verband materiell kräftig zu fördern³⁷. Darüber hinaus ließ der weiter anhaltende Konflikt zwischen dem Verständigungsverband und Coudenhove-Kalergi das Interesse Bülows an der ganzen Aktion deutlich absinken und gab schließlich auch Simons Anlaß, aus dem Präsidium des Verbandes wieder auszuschcheiden, um nicht mit Rücksicht auf sein Amt als Präsident des Reichsgerichtes in „so unklare Verhältnisse“ gezogen zu werden³⁸.

Im Unterschied zur schwankenden Meinung in der Ministerialbürokratie konnte sich jedoch die von Nossig initiierte, von Schücking und Heile wesentlich getragene Arbeit des Verständigungskomitees dauerhaften Wohlwollens bei Stresemann selbst erfreuen. Als Heile im Juni 1926 seine Bitte um eine weitere amtliche Subvention

³⁴ Aufzeichnung 22. 5. 1925, ebda.

³⁵ Bülow an Ritter, 27. 5. 1925, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 1.

³⁶ RDI an Nossig, 29. 5. 1925, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 1.

³⁷ Über Verhandlungen mit der Disconto-Gesellschaft berichtet Nossig an AA (Bülow), 10. 6. 1925, ebda.

³⁸ Simons an Bülow, 15. 6. 1925, ebda.

seines Verbandes mit der Erklärung verknüpfte, „dass wir mit unserem Verbande nichts Anderes wollen als die dauernde, von innenpolitischen Schwankungen unabhängige Sicherung des durch den Namen Locarno gekennzeichneten derzeitigen Kurses der deutschen Aussenpolitik“³⁹, traf er eben die Erwartungen, die der Außenminister seinerseits in die Aktion setzte. „In weitesten Kreisen wird der von diesem Verband geplanten Arbeit grosses Verständnis entgegengebracht“, schrieb Stresemann an Finanzminister Reinhold, „und es besteht die beste Aussicht durch diese planmässige Arbeit für den Gedanken einer europäischen Verständigung, wie sie durch unsere Politik in Locarno eingeleitet worden ist, die Zustimmung breiter Volkskreise zu gewinnen.“ Da es nicht gelungen sei, von anderer Seite – womit sicherlich auch die deutsche Wirtschaft gemeint war – ausreichende Mittel aufzubringen, bestünde für den Verband allerdings „die Gefahr, dass er seine Arbeit, die ich auch als Reichsaussenminister aufs lebhafteste begrüsse, und politisch für überaus nützlich und notwendig bezeichnen muss, aus Mangel an Mitteln nicht beginnen kann. Ich würde das gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt der Entwicklung der europäischen Politik für besonders nachtheilig halten“⁴⁰.

An der beständigen Sympathie Stresemanns für den Verband änderte sich auch nichts, als es über Ziel und Inhalt dessen, was als „Politik in Locarno“ zu verstehen sei, zu einem Dissens kam. Hatte der Aufruf des deutschen Verbandes im Frühjahr 1926 den Locarno-Vertrag als einen „Anfang“ bezeichnet, so präziserte der im September 1926 veröffentlichte Aufruf des ‚Internationalen Bundes für europäische Verständigung‘ dies zu der Forderung: „Schließlich muß das, was in Locarno dank der Initiative einiger Staaten geschaffen wurde, zu einem gemeinsamen Unternehmen ganz Europas werden.“⁴¹

Im AA hingegen betonte man den im Dienste revisionistischer Ziele instrumentalen Charakter des Locarno-Vertrages, der jeden Gedanken an ein entsprechendes ‚Ost-Locarno‘ oder gar ‚paneuropäisches Locarno‘ von vornherein ausschloß, und bestand auf Änderung dieser Formulierungen in den Aufrufen der Aktion. „Wie nochmals nachdrücklich betont werden muß“, begründete das Amt seine Forderung, „ist das Abkommen von Locarno kein Versuch, sondern ein Ergebnis, das auch nicht aus den Bemühungen des Völkerbundes, sondern aus der Initiative der Deutschen Regierung hervorgegangen ist.“⁴²

Für die der amtlichen deutschen Auffassung widersprechende Locarno-Fehlinterpretation wurde innerhalb des Verbandes Nossig verantwortlich gemacht, der wegen offenbar unüberbrückbarer Differenzen zu Heile in den folgenden Monaten aus der deutschen Organisation hinausgedrängt wurde. In der Sache entsprach die im internationalen Aufruf verbreitete Version über Locarno auch keineswegs den Vorstellungen Schückings und Heiles, die den Gedanken einer internationalen Ver-

³⁹ Heile an AA, 22. 6. 1926, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 2.

⁴⁰ Stresemann an RFM (Reinhold), 28. 5. 1926, ebda.

⁴¹ Für europäische Verständigung, S. 9, 20.

⁴² AA an Nossig, 12. 10. 1926, ebda.

ständigung mit völkerrechtlich gebundenen, auf friedlichem Wege zu erstrebenden Revisionszielen sehr wohl zu vereinbaren wußten⁴³. Beide kamen darin der Linie Stresemanns nahe, und dieser sah auch keinen Anlaß, seine Bemühungen um Förderung des Verbandes zu vermindern⁴⁴.

In seinen nachhaltigen Versuchen, der ‚Verständigungspolitik‘ parlamentarische Basis und Rückhalt in der öffentlichen Meinung zu sichern, schien Stresemann umso mehr bestärkt, je geringer die Aussichten wurden, in Fragen der europäischen Verständigung zu einem „Arrangement zwischen industriellem und politischem System“⁴⁵ zu gelangen. Eine amtliche Förderung der von Bankiers und einigen Industriellen⁴⁶ maßgeblich getragenen Paneuropa-Union kam wegen programmatischer Differenzen nicht in Betracht; die vom AA überwiegend gebilligten, zeitweilig auch geförderten Ansätze, die ‚Interessengemeinschaft‘ bzw. den ‚Verband für europäische Verständigung‘ zum organisatorischen Dach einer die öffentliche Meinung, amtliche Politik und wirtschaftliche Interessen übergreifenden Verständigungsaktion zu entwickeln, waren immer wieder am Widerstand wirtschaftlicher Spitzenverbände gescheitert.

Die Gründe für die Verweigerung der Großindustrie und des Großhandels sind zunächst in der Polarisierung ihrer handelspolitischen Interessen, sodann in ihrem Verhältnis zum politischen System der Ära Stresemann zu suchen.

2. Die deutsche Wirtschaft zwischen Weltmarktinteressen und Binnenmarktorientierung

Von den grundlegenden Strukturveränderungen in der Weltwirtschaft im und nach dem Ersten Weltkrieg sind die einzelnen Sektoren der deutschen Wirtschaft unterschiedlich betroffen worden⁴⁷. Die durch den Krieg beschleunigte Steigerung der Kapazitäten industrieller und agrarischer Produktion in außereuropäischen Ländern beeinträchtigte zwar sowohl die traditionellen Marktchancen der deutschen Exportindustrien auf dem Weltmarkt wie auch die Behauptung des Binnenmarktes für die inländische Agrarwirtschaft⁴⁸. Doch gelang es den einzelnen Zweigen der industriellen Halb- und Fertigwarenproduktion, durch kapitalintensive Rationali-

⁴³ Bezüglich Schücking siehe Acker, S. 186–190; Heiles Auffassung geht hervor aus seinem Buch: Nationalstaat und Völkerbund, bes. S. 63.

⁴⁴ Nur Bülow gab die Empfehlung, angesichts der in den Verband investierten amtlichen Unterstützung die Frage des Rückzuges der Unterschrift des Reichskanzlers unter den Aufruf „in der Schwebe zu lassen“. Aufzeichnung 13. 10. 1926, PA Ref Vbd Allg B 2, Bd 2.

⁴⁵ Vgl. Lothar Albertin, Faktoren eines Arrangements zwischen industriellem und politischem System in der Weimarer Republik 1918–1928, in: Industrielles System, S. 658–674.

⁴⁶ Unter ihnen z. B. Robert Bosch und Richard Heilner. Vgl. Heuss, Robert Bosch, S. 523–525 und BA NL Gothein 50, 16–19.

⁴⁷ Vgl. Wolfram Fischer, Die Weimarer Republik unter den weltwirtschaftlichen Bedingungen der Zwischenkriegszeit, in: Industrielles System, S. 26–50.

⁴⁸ Dazu Harms, Die Strukturwandlungen (1928).

sierungsmaßnahmen die Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Märkten seit der Stabilisierung der Währung und der Beseitigung der Handelsrestriktionen des Versailler Vertrages ab 1924 zunehmend zurückzugewinnen. Schwieriger stellte sich die Lage für die Grundstoffindustrien dar, deren Produktivitätsrate sich durch Rationalisierungen nur begrenzt steigern ließ. Um ihre Rentabilität auch bei verkleinertem Marktgebiet wenigstens zu erhalten, waren sie in erster Linie auf einen von ausländischer Konkurrenz abgeschirmten Binnenmarkt angewiesen, in dem ein hohes Preisniveau künstlich gesichert werden sollte.

Am stärksten war indessen die europäische Landwirtschaft von der Ausdehnung der Agrarproduktion in überseeischen Gebieten betroffen. Die mangelnde – sicherlich auch strukturell bedingte – Anpassung der deutschen Landwirtschaft an die veränderte Situation auf dem Agrarmarkt erschwerte hier wie auch in den agrarischen Staaten Südosteuropas die Bildung von Kapital, das in Modernisierung und Rationalisierung hätte umgesetzt werden können.

Angesichts dieser im einzelnen noch differenzierteren Interessenstruktur der deutschen Wirtschaft konnte der Aufbau und Ausbau eines die Exportindustrien begünstigenden Systems von Handelsverträgen auf der Grundlage des Meistbegünstigungsprinzips nur gelingen, solange den auf den Schutz des Binnenmarktes orientierten Wirtschaftssektoren, d. h. vornehmlich der Schwerindustrie und der Landwirtschaft, ausreichende Kompensationen geboten werden konnten. Einen solchen Interessenausgleich stellte einerseits das AVI-Abkommen zwischen der Arbeitsgemeinschaft der Eisen verarbeitenden Industrie und der Eisen- und Stahlindustrie über Exportvergütungen, andererseits die Kleine Zolltarifvorlage dar, die sowohl der Großlandwirtschaft wie der Eisenindustrie erhebliche zollpolitische Vorteile garantierte⁴⁹.

Die auf Exportsteigerung orientierte Handelsvertragspolitik Deutschlands in den Jahren zwischen dem Dawes-Abkommen und dem deutsch-österreichischen Zollunionsprojekt beruhte somit auf einer sehr labilen Grundlage. Denn schon um 1925 reaktivierte die rheinisch-westfälische Schwerindustrie den traditionellen Solidarprotektionismus mit der Großlandwirtschaft, der sich gegen die Begünstigung der Exportinteressen richtete und mit den Mitteln des Schutzzolls und der Kartellierung den deutschen Binnenmarkt abzuschirmen und ertragreich zu gestalten suchte.

Im Solidarprotektionismus entstand damit eine Koalition wirtschaftlicher Interessen, in deren Rahmen sich die Beziehungen namentlich zwischen dem Langnam-Verein und der Großlandwirtschaft verdichteten und trotz aller Divergenzen – etwa über den deutsch-polnischen Handelsvertrag 1928 – jenes schwerindustriell-agrarische Machtkartell vorformte, das unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise zum Motor einer aktiven Mitteleuropa-Politik wurde.

Angesichts der hinter der Fassade des übergreifenden Reichsverbandes der deut-

⁴⁹ Vgl. Dirk Stegmann, Deutsche Zoll- und Handelspolitik 1924/25–29 unter besonderer Berücksichtigung agrarischer und industrieller Interessen, in: Industrielles System, S. 499–513.

schen Industrie ablaufenden Polarisierung handelspolitischer Interessen überrascht nicht, daß die Haltung des Spitzenverbandes zur Frage einer möglichen europäischen Einigung auf wirtschaftlichem Gebiet, d. h. einer europäischen Zollunion, nicht einheitlich ausfallen konnte.

Zwar verzichtete die Denkschrift des RDI über „Deutschlands Wirtschafts- und Finanzpolitik“ vom Dezember 1925 darauf, „den an sich durchaus begrüßenswerten Gedanken einer europäischen Zollunion näher zu erörtern“, hielt es aber für „notwendig, den Gedanken nicht nur zu verfolgen, sondern auch Untersuchungen darüber anzustellen, ob und inwieweit eine europäische Zollunion in absehbarer Zeit geschaffen werden“⁵⁰ könne.

Zum Studium dieser Frage war Ende 1925 unter Leitung des Geschäftsführenden Präsidialmitglieds Kastl ein Ausschuß eingesetzt worden, der der Handelspolitischen Kommission des RDI zugeordnet war. Anfang 1926 veranstaltete die Kommission eine vertrauliche Umfrage unter dreizehn führenden Mitgliedern der deutschen Industrie⁵¹. Ganz im Unterschied zu der günstigen Einstellung, wie sie der Formulierung in der für die Öffentlichkeit bestimmten Denkschrift zu entnehmen war, distanzierte sich der RDI in dem vertraulichen Fragebogen vom Ziel einer Europäischen Zollunion, jedenfalls in der Form, in der sie von der „meist schlagwortartigen Propaganda“ gefordert werde.

Aus zwei Motiven – so hieß es – befasse sich der Reichsverband dennoch mit dieser Frage: Eben diese Propaganda gefährde die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb Europas, da sie unerfüllbare Hoffnungen wecke. Die daraus entstehenden „Enttäuschungen können dann leicht den Anstoß für Gegenbestrebungen bilden, die in der Richtung wirtschaftlicher Absperrungsmaßnahmen gegen das Ausland verlaufen“. Ein solcher Protektionismus würde also die in der deutschen Industrie dominierenden Exportinteressen beeinträchtigen.

Neben der Absicht, die öffentliche Diskussion über eine europäische Zollunion „in den engen Rahmen sachlicher Arbeit einzuspannen“, sah der RDI darüber hinaus „auf dem weiten Wege zu diesem Ziel Möglichkeiten, die Beachtung verdienen“. Würden Zollmauern erniedrigt und Zollunionen gebildet werden, dann setzte dies eine internationale Nivellierung all der Faktoren voraus, durch die die industrielle Produktion in den einzelnen Ländern bislang unterschiedlich belastet oder gefördert werde. Zu diesen Faktoren zählten insbesondere das Steuer- und Abgabewesen, die Transporttarife und nicht zuletzt Inhalt und Ausmaß der staatlichen Sozialpolitik. „Auf diesen Gebieten eine internationale Annäherung und Angleichung der staatlichen Massnahmen herbeizuführen, um damit die internationale Konkurrenzfähigkeit der einzelnen Industrien wieder allein auf die natürlichen Bedingungen der Produktion und die persönliche Leistung von Unternehmer und Arbeiter abzustellen, betrachten wir als die wesentliche Aufgabe, die wir fördern und einer Lösung entgegenführen wollen.“

⁵⁰ Zit. nach Europäische Zollunion, S. 6.

⁵¹ Entwurf und endgültiger Text des RDI-Fragebogens: BA R 13 XII/1.

Bei dieser Politik, die nicht allein die deutsche Wirtschaft von den internationalen Kriegsfolgelasten wie etwa den Reparationen befreien, sondern auch, wenn nicht gar vorrangig, den Abbau sozialpolitischer Errungenschaften der Weimarer Republik erleichtern sollte, gedachte sich der Reichsverband der internationalen Verständigungsbereitschaft in der Öffentlichkeit zu bedienen. „Solche Bestrebungen bedürfen in einer Zeit, in der die öffentliche Meinung einen hervorragenden Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaftspolitik jedes Landes ausübt, eines idealen Zieles“.

Bei der sachlichen Frage an die einzelnen Industriezweige, „ob eine Europäische Zollunion vom Standpunkt der deutschen Industrie überhaupt wünschenswert sei“, solle davon ausgegangen werden, daß ein internationaler Ausgleich der seitens des Staates auferlegten Belastungen der Industrie, so etwa der interalliierten Schulden und Reparationen, der Steuern und der Sozialgesetzgebung bereits erfolgt sei, daß die Zollunion nur „das kontinentale Europa unter Ausschluss von Russland“ umfassen solle, daß sie nach außen eine einheitliche Zollgrenze besitze und im Innern auf Binnenzölle grundsätzlich verzichte.

In seiner Antwort gab der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands⁵² zu bedenken, wie unterschiedlich die Produktionsbedingungen innerhalb der Branche seien, so daß es nur „sehr wenig Erzeugnisse der chemischen Industrie“ gebe, „für die im Hinblick auf die europäische Zollunion auch nur annähernd die gleichen Verhältnisse vorliegen.“ Gerade das Verhältnis von Inlandsabsatz und Export sei sehr unterschiedlich; die hohe Export- und Importabhängigkeit der deutschen Chemieproduktion bleibe auch im Falle einer europäischen Zollunion erhalten und werde schon dadurch beleuchtet, daß 1924 etwa 45 % des Chemieexportes und etwa 40 % des Chemieimportes Deutschlands mit Ländern außerhalb der angenommenen Zollunion abgewickelt wurden. Bei einer Europäischen Zollunion fänden überdies zahlreiche Zweige der chemischen Industrie günstigere Produktionsbedingungen in außerdeutschen Gebieten vor; einzelne Produkte bedürften auch weiterhin eines Zollschatzes gegenüber der Weltproduktion. Im ganzen sei allerdings ein Schutzzoll für die chemische Industrie nicht notwendig. Ohne die Frage nach der Wünschbarkeit einer europäischen Zollunion im allgemeinen zu beantworten, empfahl der Chemieverband doch als ersten Schritt, die Einfuhrzölle der vorgesehenen Zollunionsstaaten allmählich abzubauen.

Im Unterschied zur abwägenden Stellungnahme der chemischen Industrie fiel die Antwort der Eisen- und Stahlindustrie eindeutig ablehnend aus⁵³. Das materialreiche Gutachten stellte vor allem die für die französische Schwerindustrie günstigeren Produktionsbedingungen in den Vordergrund und betonte, in welch hohem

⁵² Ebda, BA R 13 I/209, 1–6.

⁵³ Dazu die eine europäische Zollunion betreffenden Ausführungen in der Sitzung des Hauptvorstandes des VDESI sowie des Fachgruppenausschusses der Eisen schaffenden Industrie beim RDI, BA R 13 I/100, 1–9 Rs und 10–71, bes. 67–68.

Maße die militärische Stärke eines jeden Landes von der Leistungsfähigkeit der nationalen Eisenindustrie abhängig sei. Ob andere Staaten bereit seien, zugunsten einer Zollunion auf den Schutz ihrer nationalen Schwerindustrie zu verzichten, sei darum zu bezweifeln. Bei einem Verzicht auf die deutschen Eisenzölle sei zu befürchten, daß die deutsche Eisenindustrie „allmählich auf die Hälfte ihrer Bedeutung herabsinken würde“. Zwar könnten durch „Organisationen zur Milderung oder Beseitigung des Wettbewerbs“, d. h. durch Kartelle, Syndikate und Trusts⁵⁴, die Nachteile einer Zollunion gemildert werden, doch ändere dies nichts an der Tatsache, daß „eine europäische Zollunion mit einem Abbau oder gar einer völligen Beseitigung der Zwischenzölle der deutschen Eisenindustrie ungeheuren Schaden bringen würde“ und darum grundsätzlich abzulehnen sei.

Die beiden, mehr als nur graduell sich unterscheidenden Stellungnahmen zu einer europäischen Zollunion beleuchten die gravierenden Interessendivergenzen in der Frage der Zoll- und Handelspolitik innerhalb der deutschen Industrie⁵⁵. Angesichts der Kluft zwischen den auf den Weltmarkt drängenden Exportindustrien und den strikt binnenmarktorientierten Grundindustrien vermochte der RDI als Spitzenverband der deutschen Industrie um 1926 noch keine entschiedene Meinung zur europäischen Zollunion zu äußern. War er somit nach innen zu immobiler Distanz verurteilt, so schloß das doch nicht aus, daß der Reichsverband durch wohlwollende, wenngleich unverbindliche Stellungnahmen zur europäischen Einigung den Versuch unternahm, die in der ‚Paneuropa‘-Parole sich ausdrückende Verständigungsbereitschaft in der Öffentlichkeit seiner wirtschaftlich-politischen Strategie nutzbar zu machen und dabei nach außen Interessenkonflikte zu harmonisieren.

3. Die Idee einer Europäischen Zollunion im öffentlichen Widerstreit

In der kurzen Zeitspanne zwischen dem Locarno-Vertrag 1925 und der Weltwirtschaftskonferenz 1927 verdichtete sich die Diskussion über politische und wirtschaftliche Aspekte einer europäischen Verständigung. Dabei suchten sowohl die amtliche Politik wie die Industrie mögliche Ziele und Funktionen von Einigungsbestrebungen in Europas Wirtschaft und Politik zu bestimmen, um die von gesellschaftlichen Kräften maßgeblich initiierte und getragene Verständigungsbereitschaft eigenen Interessen unterordnen zu können.

Die öffentliche Debatte über Chancen, Funktion und Grenzen europäischer Ver-

⁵⁴ Den internationalen privatwirtschaftlichen Kartellvereinbarungen wies Reichert die Aufgabe zu, den durch die staatliche Handelsvertragspolitik verschärften Wettbewerb auf dem Weltmarkt für bestimmte Wirtschaftszweige zu mildern bzw. auszuschalten. Vgl. Jacob W. Reichert, Internationale Wirtschaftsverbände (Kartelle, Syndikate, Trusts), in: Das Werden in der Weltwirtschaft, S. 168–192, bes. 181–182.

⁵⁵ Ähnlich wie die chemische Industrie hatten offenbar auch die Braunkohlen-, die Maschinen- und die Elektroindustrie votiert; bei der Landwirtschaft hingegen stieß der Zollunionsgedanke auf Ablehnung. Stegmann, in: Industrielles System, S. 512.

ständigung und zwischenstaatlicher Einigung fand ihren Niederschlag in einem im Mai 1926 erschienenen Sammelband über die ‚Europäische Zollunion‘⁵⁶. Die dort vereinigten Beiträge enthüllen die Spannweite all der politischen Programme, die europäische Einigung oder zumindest Verständigung wenn nicht als Ziel, so doch überwiegend als Mittel zum Zweck einzusetzen beanspruchten und sich dabei eines je unterschiedlichen Verständnisses der Schlagwörter ‚Europa‘, ‚Paneuropa‘, ‚Mitteleuropa‘ und ‚europäische Zollunion‘ bedienten.

Dabei fällt nicht allein auf, daß die Beiträge zum Problem einer europäischen Zollunion die Vorschläge zu seiner Lösung beträchtlich überwiegen, sondern mehr noch, welche unterschiedlichen, ja gegensätzlichen politischen Lagern die wenigen Befürworter einer europäischen Zollunion angehörten. Zu ihnen zählten etwa der Mannheimer Professor Arthur Blaustein, der bereits vor dem Ersten Weltkrieg die internationale Wirtschafts- und Kapitalverflechtung als „eine der stärksten Friedensgarantien im kapitalistischen Zeitalter“⁵⁷ interpretiert hatte, das Vorstandsmitglied des ADGB, Eggert, der sich eine „Verbesserung der Lebenshaltung der Volksmassen“⁵⁸ erhoffte, sowie der ‚Gouverneur z. D.‘ Heinrich Schnee, der damit Kolonien für Deutschland zurückzugewinnen trachtete⁵⁹.

Die fast ausschließlich von Nicht-Ökonomen vorgetragenen wirtschaftlichen Argumente zugunsten einer europäischen Zollunion wiederholten sich weitgehend. Von der Erweiterung des europäischen Binnenmarktes – die nach der Beseitigung aller Handelshemmnisse eintreten sollte – erhoffte man die Durchsetzung rationeller Arbeitsteilung in Europa, Steigerung von Produktivität durch vermehrte Rationalisierung und Vermehrung von Kaufkraft und Wohlstand.

Über geographischen Umfang und politische Zielrichtung eines solchen wirtschaftlichen Zusammenschlusses in Europa gingen die Meinungen freilich weit auseinander. Daß eine Zollunion nichts anderes als eine Etappe zu einer freihändlerischen Weltwirtschaft darstellen sollte, war das Anliegen eines Teiles der Autoren. „Die Anhänger einer europäischen Zollunion, die sie eben mit dem Freihandelsargument ‚bewiesen‘ haben, werden kaum imstande sein, zu begründen, daß das Freihandelsargument gegen die außereuropäischen Staaten (oder nach dem engeren Paneuropa-Programm Coudenhoves sogar gegen England und Rußland) auf einmal nicht gelten soll“, schrieb Gustav Stolper⁶⁰, und auch Theodor Heuss⁶¹ warnte vor einer europäischen ‚Monroe-Doktrin‘ gegenüber den Vereinigten Staaten.

Unter den Autoren, die einen wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß auf europäische Gebiete beschränken wollten, blieben indessen Methode und Ziel einer Einigung umstritten. Angesichts der bestehenden Machtverhältnisse in

⁵⁶ Europäische Zollunion, hrsg. von Hanns Heiman.

⁵⁷ Arthur Blaustein, Die Lage Europas und die europäische Zollunion, a. a. O., S. 268.

⁵⁸ W. Eggert, Gewerkschaftsprobleme zur europäischen Zollunion, a. a. O., S. 99.

⁵⁹ Heinrich Schnee, Die europäische Zollunion und die deutsche Außenpolitik, a. a. O., S. 67.

⁶⁰ Gustav Stolper, Staat – Nation – Wirtschaft. Zur Problematik der Europäischen Zollunion, a. a. O., S. 47.

⁶¹ Theodor Heuss, Der Einfluß von Krieg und Frieden auf das europäische Problem, a. a. O., S. 35.

Europa konnte nach Ansicht von Max Cohen-Reuss⁶² und Georg Gothein⁶³ die gewünschte europäische Zollunion nur erreicht werden, wenn ihr eine Lösung der zentralen europäischen Frage, die Überwindung der Kluft zwischen dem revisionistischen und dem anti-revisionistischen ‚Lager‘, in Form einer deutsch-französischen Zollunion vorausgegangen wäre. Auch der Österreicher Richard Riedl⁶⁴ – ein entschiedener Anhänger des Anschlußgedankens – argumentierte in diese Richtung, obgleich er eine gesamteuropäische Union von vornherein für eine Utopie hielt und stattdessen den Abbau von Handelshemmnissen im regionalen Rahmen empfahl.

In schroffem Gegensatz zu einer solchen ‚paneuropäisch‘ orientierten Übereinkunft zwischen Deutschland und Frankreich plädierten andere Autoren, unter ihnen der Präsident des Reichslandbundes, Graf Kalckreuth, dafür, das Instrument der Zollunion zu nutzen, um ein deutsches ‚Mitteleuropa‘ als Grundlage für die wirtschaftliche und politische Expansion Deutschlands zu schaffen. „Anschluß nach dem Westen von Europa“ – so warnte Kalckreuth⁶⁵ – „bedeutet den Versuch, den Weltkrieg ungeschehen zu machen und die politische Spannung durch wirtschaftliche Annäherung zu überwinden. Dies scheint mir ein unmögliches Beginnen.“ Aus dem Kriegsausgang sei vielmehr zu folgern, daß Deutschland aus dem Wettlauf um den überseeischen Weltmarkt ausscheiden und „Entwicklungsmöglichkeiten in der anderen Richtung, nach dem bisher weniger erschlossenen Osten suchen“ müsse. Als ersten Schritt empfahl er, sich „von den Fesseln des heutigen Weltkapitalismus“ und aus der Abhängigkeit vom Weltmarkt zu befreien, stattdessen den Binnenmarkt zielbewußt zu stärken, „damit das der Vergangenheit nachträumende und die Erkenntnis der Wirklichkeit scheuende Deutschland der Gegenwart nicht die Entwicklungsmöglichkeiten seiner künftigen wirtschaftlichen Grundlagen und damit auch seine Zukunft verträumt.“

Der Ansatz, die Zollunion als Instrument deutscher Expansion nach dem weniger entwickelten europäischen Osten und Südosten einzusetzen, wurde ergänzt durch die Ausführungen Heinrich Schnees, der diese Expansion auch auf außereuropäische Gebiete, insbesondere auf Afrika, auszudehnen beabsichtigte. In einer Beteiligung Deutschlands an einer gesamteuropäischen Ausbeutung des afrikanischen Kontinents könne sich das „wirtschaftliche Solidaritätsgefühl Europas“ entfalten; unter dieser Bedingung schien eine Übereinkunft mit westeuropäischen Staaten bei aller ‚mitteleuropäischen‘ Orientierung attraktiv und wünschenswert⁶⁶.

Europäische Solidarität in bezug auf eine gemeinsame Kolonialpolitik wurde frei-

⁶² Max Cohen-Reuss, Schutzzoll und Freihandel innerhalb und außerhalb einer europäischen Zollunion, a. a. O., S. 144.

⁶³ Georg Gothein, Deutsch-französische Zollunion als Vorstufe der europäischen Zollunion, a. a. O., S. 81.

⁶⁴ Richard Riedl, Mögliche Wege zu einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, a. a. O., S. 181–182.

⁶⁵ Eberhard Kalckreuth, Westeuropäische Zollunion – osteuropäische Zollunion? A. a. O., S. 94–95.

⁶⁶ Schnee, a. a. O., S. 67.

lich nicht bloß von seiten der nationalen Rechten – ähnlich wie schon im Paneuropa-Programm Coudenhoves – gefordert; selbst ein sozialdemokratischer ‚Europäer‘ wie Wladimir Woytinsky – der spätere Leiter des Statistischen Büros des ADGB – konnte sich 1926 die Wirtschaft in den ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ „ohne eine koloniale Basis“⁶⁷ nicht vorstellen.

Die sich hier immer deutlicher abzeichnende Tendenz, wirtschaftliche und politische Einigungen mehr oder minder bewußt als Instrument einer expansionistischen, letztlich imperialistischen Politik gegenüber weniger entwickelten Regionen in Europa oder in anderen Kontinenten einzusetzen, stieß sogleich auf Kritik. Der Berliner Wirtschaftswissenschaftler Professor Franz Eulenburg⁶⁸ wies auf die gefährlichen Wirkungen wirtschaftlicher Zusammenschlüsse auf die Zukunftschancen weniger entwickelter Gebiete und Staaten hin. Unter den Bedingungen des internationalen Entwicklungsgefälles sei es „nicht angängig, ein junges Land von vornherein auf die vorhandenen Produktionszweige zu beschränken, die Erziehung neuer Industriezweige auszuschließen und dafür auf ältere Länder zu verweisen, wie die deutschen Industriellen es so gern tun.“ Gerade in solchen Ländern müßten „neue Industriezweige geschaffen werden, um der wachsenden Bevölkerung Beschäftigung zu geben, selbst auf die Gefahr hin, daß andere europäische Länder ihnen die Erzeugnisse hinreichend und besser zu liefern vermöchten. Es befinden sich eben die europäischen Staaten noch in verschiedenen Stadien der Entwicklung: jüngere Länder werden sich nicht abhalten lassen, selbst solche Gewerbe zu schaffen, die scheinbar von den älteren Ländern voll befriedigt werden können.“

Dem europäisch verbrämten Neo-Kolonialismus, der in den Programmen Coudenhoves, Woytinskys und Schnees zum Ausdruck kam, trat mit einer umfassenden Kritik ein weiterer Autor, Hans-Herbert Hohlfeld⁶⁹, entgegen. Zudem deckte er an Coudenhoves Entwurf die „Mängel an Sachkenntnis und realpolitischer Klarheit“ auf, bezeichnete sein ‚Paneuropa‘ als „Symptom für den tiefen Defaitismus der europäischen Menschheit des Jahres 1925“ und machte auf den merkwürdigen Befund aufmerksam, wie wenig gerade auch Autoren sozialistischer Richtung wie Eggert und Woytinsky sich der zu wünschenden oder zu befürchtenden gesellschaftspolitischen Begleiterscheinungen und Folgewirkungen eines übernationalen Zusammenschlusses in Europa annähmen.

Im ganzen hatten die mehr und mehr öffentlich geführten Debatten über politische und wirtschaftliche Aspekte der europäischen Einigungsbestrebungen in den Jahren 1925 und 1926 deren programmatische Heterogenität erwiesen. ‚Paneuropa‘, ‚europäische Verständigung‘ und auch ‚Mitteleuropa‘ bezeichneten kein von vornherein fixiertes politisches Programm, sondern boten sich unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen, der amtlichen Politik und wirtschaftlichen Interessen-

⁶⁷ Woytinsky, Die Vereinigten Staaten von Europa, S. 157.

⁶⁸ Franz Eulenburg, Gegen die Idee einer europäischen Zollunion, in: Europäische Zollunion, S. 118–119; ausführlicher sein Beitrag: Pan-Europa. Der Gedanke einer europäischen Zollunion, in: Das Werden in der Weltwirtschaft, S. 227–255.

⁶⁹ Hohlfeld, Zur Frage einer europäischen Zollunion, bes. S. 5, 55–59, 61–62.

gruppen als formelhafte Instrumente an, die sich zur Durchsetzung auch gegensätzlicher politischer und wirtschaftlicher Ziele eigneten.

Den mannigfachen Tendenzen, Einigungsidee und Einigungsbewegungen zugunsten heterogener Ziele zu funktionalisieren, bemühten sich Ende 1926 die Europa-Verbände entgegenzutreten, indem sie ihre Organisationen zu stabilisieren und ihre Programme eindeutiger zu bestimmen versuchten.